

Antrag 26/I/2021

SPD-Bezirk Braunschweig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Inklusion in Niedersachsens Schulen verstärken

- 1 Der Landesparteitag beantragt, dass die SPD-Landtagsfraktion folgende Punkte umsetzt:
- 2 1. Für die Beschäftigten an den Schulen zeitliche Ressourcen schaffen für: Teambesprechungen, Koope-
 - 3 rationen inner- und außerschulisch, Beratungsgespräche, Elternarbeit und Elternbildung.
 - 4 2. Ausreichende Ausstattung der inklusiven Schulen mit multiprofessionellen Teams, das heißt:
 - 5 Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen, Förderschullehrkräfte, Schulsozialpädagog*innen/arbei-
 - 6 ter*innen, Physiotherapeut*innen, Päd. Mitarbeiter*innen, Unterrichtsassistent*innen/Schulbeglei-
 - 7 ter*innen.
 - 8 3. Stellen für Regelschul- und Förderschullehrer*innen zur Unterstützung der Arbeit aller Lehrkräfte in
 - 9 den inklusiven Schulen.
 - 10 4. Eine systembezogene Zuweisung von pädagogischen Mitarbeiter*innen an den Schulen des Primar-
 - 11 bereichs und des Sekundarbereichs I zusätzlich zur individuellen Zuweisung.
 - 12 5. Erhöhung der Studienplätze für Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte sowie Förderschullehrkräfte
 - 13 sowie Ausweitung der Studienorte.
 - 14 6. Die Zuweisung von Förderschullehrkräften soll in allen Schulformen systembezogen und verlässlich
 - 15 im Sinne einer Grundversorgung erfolgen. Bei erhöhtem Bedarf einer inklusiven Schule muss die
 - 16 Grundversorgung durch zusätzlich Zuweisungen ergänzt werden.
 - 17 7. Weiterentwicklung des Konzeptes der "Mobilen Dienste", um flächendeckend ein bedarfsgerechtes
 - 18 Angebot mit Beratungsdienst vorzuhalten.
 - 19 8. Weiterentwicklung und Ausbau der Sprachlernklassen und SPRINT-Klassen nach Bedarf sowie Ge-
 - 20 währleistung der Nach-Förderung inklusive des Sekundarbereich II und Unterstützung im Übergang
 - 21 in die Ausbildung.
 - 22 9. Qualifizierung und Weiterbildung aller Lehrkräfte unter dem Aspekt der Bedeutung und Umsetzung
 - 23 der Inklusion - eine Aufgabe aller Schulen.
 - 24 10. Unterstützungs- und Beratungssystem der Landesschulbehörde und des Kultusministeriums für die
 - 25 Schulen transparenter, konkreter und praxistauglicher gestalten.
 - 26 11. Fort- und Weiterbildung insbesondere auch für Seiteneinsteiger konzeptionell systematisieren und
 - 27 kontinuierlich ermöglichen.
 - 28 12. Darüber hinaus sind spezielle Unterstützungsmaßnahmen für die Schulen des SEK I Bereichs anzu-
 - 29 bieten, insbesondere hinsichtlich Beratung bei der Einrichtung von inklusiven Klassen sowie der In-
 - 30 anspruchnahme der vielfältigen Fördermaßnahmen.

31

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Version der Antragskommission

1

- 2 Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, die Umsetzung folgender Punkte weiter voran-
- 3 zutreiben:
- 4 1. Für die Beschäftigten an den Schulen weitere zeitliche Ressourcen schaffen für: Teambesprechungen,
 - 5 Kooperationen inner- und außerschulisch, Beratungsgespräche, Elternarbeit und Elternbildung.
 - 6 2. Die Fortsetzung des Weges der Entfristungen und grundsätzliche Verbesserungen der Arbeitsbedin-
 - 7 gungen von Multiprofessionellen Teams wie mit dem Erlass „Beschäftigung von pädagogischen Mit-
 - 8 arbeiterinnen und Mitarbeitern an öffentlichen Schulen“ weiter verfolgen,

- 9 3. Stellen für Regelschul- und Förderschullehrer*innen zur Unterstützung der Arbeit aller Lehrkräfte in
10 den inklusiven Schulen.
- 11 4. Eine systembezogene Zuweisung von pädagogischen Mitarbeiter*innen an den Schulen des Primar-
12 bereichs und des Sekundarbereichs I in der Regel nicht zusätzlich zur individuellen Zuweisung.
- 13 5. Erhöhung der Studienplätze für Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte sowie Förderschullehrkräfte
14 sowie Ausweitung der Studienorte.
- 15 6. Die Zuweisung von Förderschullehrkräften soll in allen Schulformen systembezogen und verläss-
16 lich im Sinne einer Grundversorgung erfolgen. Bei erhöhtem Bedarf einer inklusiven Schule muss die
17 Grundversorgung durch zusätzlich Zuweisungen ergänzt werden.
- 18 7. Weiterentwicklung des Konzeptes der "Mobilen Dienste", um flächendeckend ein bedarfsgerechtes
19 Angebot mit Beratungsdienst vorzuhalten wie in einer aktuellen Entschließung der Landtagsfraktion
20 vorgeschlagen.
- 21 8. Weiterentwicklung und Ausbau der inklusiven Beschulung geflüchteter Schüler*innen sowie der
22 Sprachlernklassen und SPRINT-Klassen nach Bedarf. Die Förderung inklusive des Sekundarbereich II
23 und Unterstützung im Übergang in die Ausbildung muss ebenfalls gewährleistet sein.
- 24 9. Qualifizierung und Weiterbildung aller Lehrkräfte unter dem Aspekt der Bedeutung und Umsetzung
25 der Inklusion - eine Aufgabe aller Schulen.
- 26 10. Unterstützungs- und Beratungssysteme der Regionalen Landesämter für Schule und Bildung und des
27 Kultusministeriums für die Schulen weiter verbessern.
- 28 11. Fort- und Weiterbildung insbesondere auch für Seiteneinsteiger*innen konzeptionell systematisieren
29 und kontinuierlich ermöglichen.
- 30 12. Darüber hinaus sind spezielle Unterstützungsmaßnahmen für die Schulen des SEK I Bereichs anzu-
31 bieten, insbesondere hinsichtlich Beratung bei der Einrichtung von inklusiven Klassen sowie der In-
32 anspruchnahme der vielfältigen Fördermaßnahmen.
- 33 13. Im Bereich der Beschulung von Autist*innen ergeben sich vermehrt Schwierigkeiten beim Verständ-
34 nis. Hier ist es wünschenswert, dass die Landesschulbehörde (NLSchB) Aufgabenalternativen zur Ver-
35 fügung stellt, besonders in Bereichen mit emotionalem Kontext (zum Beispiel im Fach Deutsch: hier
36 handelt es sich ab Jahrgang neun fast ausschließlich um emotionale Textanalysen). Unter besonde-
37 ren Bedingungen kann vom Kern-Curriculum abgewichen werden, hierzu sollte die NLSchB zwingend
38 mehr Materialien zur Verfügung stellen.